



An
Herrn Bundesfinanzminister Scholz
Bundesministerium der Finanzen
11016 Berlin

Herrn Bundesaußenminister Maas
Auswärtiges Amt
11013 Berlin

Berlin, 15. Mai 2018

Offener Brief: EU-Haushaltsverhandlungen brauchen eine zielgerichtete und zukunftsorientierte Gemeinsame Agrarpolitik!

Sehr geehrter Herr Bundesminister Scholz, sehr geehrter Herr Bundesminister Maas,

am 2. Mai hat die EU-Kommission ihren Entwurf zum Mehrjährigen Finanzrahmen nach 2020 vorgelegt. Die für Anfang Juni erwarteten Legislativvorschläge zur Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 werden maßgeblich von der Ausgestaltung dieses Finanzrahmens beeinflusst werden.

Natur-, Tier- und Umweltschutz sowie die Bekämpfung des Klimawandels gehören zu den wichtigsten gesellschaftlichen Herausforderungen. Dazu muss auch die finanziell stark aufgestellte EU-Agrarpolitik einen substantiellen Beitrag leisten. Diese Herausforderungen sind deckungsgleich mit den Erwartungen der Gesellschaft an eine sinnvolle und effiziente Agrarpolitik. Denn ein starkes Budget für die Umwelt fördert gesunde Höfe und stärkt die Bäuerinnen und Bauern Europas.

Mit großer Sorge sehen wir, dass mit dem Vorschlag zum Mehrjährigen Finanzrahmen die bisherige Subventionspolitik in der nächsten Förderperiode nicht nur fortgesetzt wird, sondern mit einer überproportionalen Kürzung der Mittel für die ländliche Entwicklung einhergehen soll. Zeitgleich sollen laut den Plänen von EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger die selbst vom Europäischen Rechnungshof¹ als ineffizient bezeichneten Direktzahlungen vergleichsweise wenig gekürzt werden.

Im Kommissionsvorschlag für das EU-Budget nach 2020 ist eine Kürzung des Agrarhaushaltes um fünf Prozent vorgesehen. Bezieht man die Inflationsrate mit ein, werden sich die tatsächlichen Kürzungen auf rund zwölf Prozent belaufen², in der sogenannte zweiten Säule (für die ländliche Entwicklung)

¹ https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR18_10/SR_BPS_DE.pdf

² <http://www.farm-europe.eu/news/the-commission-proposes-a-drop-of-almost-15-of-direct-payments-by-2027/>

sogar auf 21 Prozent. Dies bedeutet, dass der schon heute schwache Motor für klare Umweltleistungen der Landwirtschaft noch weiter an Kraft verlieren würde.

Dabei leisten gerade die Mittel für die ländliche Entwicklung einen erheblichen Beitrag für den Natur- und Umweltschutz sowie für den Erhalt der ländlichen Räume Europas im Allgemeinen. Der Aufbau von Infrastruktur sowie die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit auf dem Land sind vor allem in Osteuropa aber auch in Deutschland essentielle Leistungen der zweiten Säule.

Angesichts der erheblichen Kürzungen im EU-Finanzrahmen ist es daher umso wichtiger, die ineffektiven, pauschal ausgezahlten Flächenprämien zu beenden und die Zahlung öffentlicher Gelder an die Erbringung konkreter öffentlicher Leistungen zu binden. Die Agrarzahungen müssen künftig sicherstellen, dass die europäische Landwirtschaft sowohl ihren internationalen Verpflichtungen zur Einhaltung der nachhaltigen Entwicklungsziele und des Pariser Klimaschutzabkommens nachkommt, als auch die europäischen Rechtsgrundlagen zum Schutz von Umwelt und Biodiversität umsetzt.

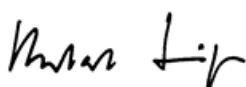
Vor diesem Hintergrund appellieren wir an Sie, sich in den anstehenden Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen mit Nachdruck gegen eine Kürzung der Gelder in der zweiten Säule, für eine umfassende Festlegung von Mitteln für echte Gemeinwohlleistungen im Agrarbereich sowie für anspruchsvolle und verbindliche, EU-weite Vorgaben im Bereich Natur-, Klima-, Tier- und Umweltschutz einzusetzen. Zudem bitten wir Sie, sich – wie im Koalitionsvertrag versprochen – für eigenständige Naturschutzmittel auf EU-Ebene einzusetzen. Es sollte im Interesse Deutschlands liegen, dass die hierzulande nicht mehr wegzudenkenden hohen gesellschaftlichen Ansprüche an die Landwirtschaft im Umwelt- und Tierschutzbereich nicht allein in Deutschland umzusetzen sind, denn sonst drohen erhebliche Wettbewerbsnachteile für die deutschen Landwirte. Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Übertragung von mehr Verantwortung auf die Ebene der Mitgliedstaaten kann nur funktionieren, wenn die gemeinsamen Ziele der europäischen Agrarpolitik klar auf EU-Ebene definiert sind und diese mit ausreichend finanziellen Mitteln unteretzt werden.

Dieses Schreiben geht zur Kenntnis an Ihre KollegInnen Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner, Bundesumweltministerin Schulze und den Chef des Bundeskanzleramts Prof. Dr. Braun.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident
DNR



Prof. Dr. Hubert Weiger
Vorsitzender
BUND



Olaf Tschimpke
Präsident
NABU



Martin Kaiser
Geschäftsführer
Greenpeace



Christoph Heinrich
Vorstand
WWF



Thomas Schröder
Präsident
Tierschutzbund



Dr. Felix Prinz
zu Löwenstein
Vorsitzender
BÖLW